

3. Kritiken

Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg

Jens Thiel: „Menschenbassin Belgien“. Anwerbung, Deportation und Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg, Essen: Klartext 2007, 426 Seiten, 39,90 €.

In den letzten Jahren ist ein deutlich gesteigertes wissenschaftliches Interesse an der Geschichte des Ersten Weltkrieges zu verzeichnen. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der jüngeren Debatte um die Entschädigung von Zwangsarbeitern des Zweiten Weltkrieges rückte in diesem Zusammenhang auch der Arbeitseinsatz von ausländischen Zivilarbeitern und Kriegsgefangenen in der deutschen Kriegswirtschaft von 1914 bis 1918 in den Fokus. Nachdem die DDR-Geschichtswissenschaft dieses Thema bereits in den 1960er Jahren entdeckt und vor allem Ulrich Herbert in den 1980er Jahren Grundlinien des Ausländereinsatzes im Ersten Weltkrieg aus nicht-marxistischer Perspektive analysiert hatte,¹ erschienen in den 1990er Jahren erste quellengesättigte Spezialstudien.² In jüngster Vergangenheit hat die Dissertationsforschung damit begonnen, die dennoch weiterhin großen Kenntnislücken zu schließen.³ Hier reiht sich die Untersuchung von Jens Thiel zur deutschen Arbeitskräftepolitik im besetzten Belgien ein, für die innerhalb der deutschen Historiographie bisher noch ein inzwischen fast 40 Jahre alter Aufsatz Friedrich Zunkels, der die Zwangsdeportationen von Belgiern nach Deutschland 1916/17 behandelt, den gültigen Kenntnisstand darstellte.⁴ Thiel geht darüber wie über den gesamten Forschungsstand zum Arbeitseinsatz im Ersten

- 1 Willibald Gutsche: Zu einigen Fragen der staatsmonopolistischen Verflechtung in den ersten Kriegsjahren am Beispiel der Ausplünderung der belgischen Industrie und der Zwangsdeportation von Belgiern, in: Fritz Klein (Hg.): Politik im Krieg 1914–1918. Studien zur Politik der deutschen herrschenden Klassen im ersten Weltkrieg, Berlin (DDR) 1964, S. 66–89; Lothar Elsner: Zur Lage und zum Kampf der polnischen Arbeiter in der deutschen Landwirtschaft während des ersten Weltkrieges, in: ebd., S. 167–187; Ulrich Herbert: Zwangsarbeit als Lernprozess. Zur Beschäftigung ausländischer Arbeiter in der westdeutschen Industrie im Ersten Weltkrieg, in: Archiv für Sozialgeschichte 24 (1984), S. 285–304.
- 2 Jochen Olmer: Bäuerliche Ökonomie und Arbeitskräftepolitik im Ersten Weltkrieg. Beschäftigungsstruktur, Arbeitsverhältnisse und Rekrutierung von Ersatzarbeitskräften in der Landwirtschaft des Emslandes 1914–1918, Sögel 1995; Jürgen Rund: Ernährungswirtschaft und Zwangsarbeit im Raum Hannover 1914 bis 1923, Hannover 1992; Ludger Heid: Maloche, nicht Mildtätigkeit. Ostjüdische Arbeiter in Deutschland 1914–1923, Hildesheim etc. 1995.
- 3 Kai Rawe: „... wir werden sie schon zur Arbeit bringen!“ Ausländerbeschäftigung und Zwangsarbeit während des Ersten Weltkrieges, Essen 2005; Uta Hinz: Gefangen im Großen Krieg. Kriegsgefangenschaft in Deutschland 1914–1921, Essen 2006.
- 4 Friedrich Zunkel: Die ausländischen Arbeiter in der deutschen Kriegswirtschaftspolitik des 1. Weltkrieges, in: Gerhard A. Ritter (Hg.): Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft. Festschrift für Hans Rosenberg zum 65. Geburtstag, Berlin 1970, S. 281–311.

Weltkrieg schon deshalb hinaus, weil er – wie das zuletzt auch in den Forschungen zum Zweiten Weltkrieg unternommen worden ist – die Zwangsarbeit für die deutsche Kriegswirtschaft im besetzten Gebiet selbst einbezieht.

Thiel geht es um eine systematische Untersuchung der deutschen Arbeitskräftepolitik in Belgien, und zwar sowohl im neu geschaffenen Generalgouvernement als auch im unter militärischer Kontrolle stehenden belgischen und nordfranzösischen Operations- und Etappengebiet. Er will damit einen Beitrag zur Diskussion um die Besatzungspolitik in einem sich zunehmend totaler entwickelnden Krieg leisten, da sich gerade in der Arbeitskräftepolitik der Übergang zur vollständigen Mobilisierung aller gesellschaftlichen Ressourcen und Kräfte demonstrieren lassen. Einleitend nimmt Thiel eine Einordnung der bearbeiteten Thematik in die längere Geschichte von Zwangsmigrationen und Deportationen, insbesondere im Zusammenhang mit Kolonialpolitik, vor, die zweifellos sinnvoll ist, aber vielleicht besser an das Ende der Studie gestellt worden wäre, setzt dies doch Kenntnisse über den belgischen Fall voraus, die der Interessierte durch die Lektüre der Studie erst erwerben muss.

In einem ersten Schritt führt die Untersuchung in den unterschiedlichen Aufbau der Besatzungsverwaltungen im Generalgouvernement sowie in den Operations- und Etappengebieten ein und erläutert die unterschiedlichen Konzeptionen, die auf deutscher Seite über die soziale und wirtschaftliche Behandlung des Besatzungsgebietes bestanden. Vor allem die Militärs vertraten eine Politik der rücksichtslosen Ausbeutung des Landes, während der Generalgouverneur und große Teile der zivilen Verwaltungen auf eine Strategie der wirtschaftlichen Wiederbelebung setzten, um Belgien längerfristig in den deutschen Einflussbereich einzubinden. Andere Teile der Zivilverwaltung und der Reichsleitung sowie zahlreiche Industrielle wollten letzteres dagegen durch eine Politik der wirtschaftlichen Durchdringung erreichen. Entlang dieser drei Konzeptionen mit ihren zurechenbaren Vertretern gelingt es Thiel im Weiteren, die deutsche Arbeitskräftepolitik in Belgien in ihren Phasen und Ausprägungen herauszuarbeiten.

Thiel verzichtet leider darauf, den Leser in die allgemeine Struktur der belgischen Wirtschaft und des Arbeitsmarktes vor und nach der Besetzung einzuführen, was einer Beurteilung von Handlungsspielräumen und Zwangslagen der deutschen Arbeitskräftepolitik zweifellos dienlich gewesen wäre. Die Analyse der Arbeitskräftepolitik selbst erfolgt aber gründlich und differenziert. Nachdem insbesondere die westdeutsche Industrie zunächst nur sporadische Aktivitäten entfaltet hatte, belgische Arbeitskräfte anzuwerben, einigten sich die beteiligten deutschen Stellen im Sommer 1915 vor dem Hintergrund des wachsenden heimischen Arbeitskräftemangels darauf, die Anwerbungen zu systematisieren und vereinheitlichen. Das Ergebnis war die Einrichtung des vom Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller – und besonders von dessen Nordwestlicher Gruppe – getragenen Deutschen Industrie-Büros im Sommer 1915, das die Anwerbung von Belgiern für eine Beschäftigung in Deutschland monopolisierte. Die Anwerbungspolitik verlief vor allem wegen der ablehnenden Haltung der belgischen Bevölkerung allerdings wenig erfolgreich. Über Zwangsmaßnahmen wurde im Zusammenhang mit den Arbeitskräfterekrutierungen spätestens seit dem Sommer 1915 immer wieder diskutiert, doch gelang es der zivilen Besatzungsverwaltung

zunächst ihre Bedenken gegen entsprechende Forderungen aus dem Kriegsministerium und Teilen der Industrie ausreichend Gehör zu verschaffen. Verordnungen, die Zwangsmaßnahmen erlaubten, entfalteten zunächst kaum praktische Bedeutung, aber mit der Ernennung der zweiten Heeresleitung unter Hindenburg und Ludendorff verschoben sich im Herbst 1916 die Gewichte. Auch die rheinisch-westfälische Industrie nahm erheblichen Einfluss auf die Entscheidung für Zwangsdeportationen. Die offene, zwangsweise Heranziehung belgischer Arbeitskräfte begann Anfang Oktober 1916 im ausschließlich dem militärischen Einflussbereich zuzuordnenden Operations- und Etappengebiet. Zehntausende Arbeitslose wurden zur Zwangsarbeit in so genannten Zivil-Arbeiter-Bataillonen ausgehoben und bei Arbeiten eingesetzt, die der Aufrechterhaltung der militärischen Infrastruktur dienten. In der Folge gelang es der Heeresleitung gegen die fortbestehenden Bedenken des Generalgouverneurs, auch im Bereich des Generalgouvernements ein Zwangsarbeitssystem durchzusetzen. Vom Herbst 1916 bis Februar 1917 wurden gut 60.000 Belgier unter oft brutalem Vorgehen der Besatzungsmacht zur Zwangsarbeit nach Deutschland deportiert. Die Zwangsdeportationen gerieten jedoch zum Fiasko. Nur ein geringer Teil der Deportierten konnte aus den deutschen Auffanglagern überhaupt zum Einsatz in der privaten Wirtschaft gebracht werden, teils wegen der chaotischen Organisation, mehr noch weil die Deportierten diesem Einsatz trotz erheblicher Sanktionsandrohungen und -maßnahmen fortgesetzt erheblichen Widerstand entgegensetzten, aber auch weil die deutsche Industrie überraschend wenig Interesse an den Zwangsarbeitern zeigte. Dies und die heftigen internationalen Reaktionen führten im Februar 1917 zum Abbruch der Deportationen. Bereits mit Beginn der Deportationen hatte auch die „Freiwilligenanwerbung“ durch das Industriebüro einen neuen Aufschwung erhalten, da zahlreiche von Deportation bedrohte Arbeitskräfte nun bereit waren, „freiwillige“ Arbeitsverträge zu unterschreiben. Dieser „Abschreckungseffekt“ der latenten Zwangsandrohung setzte sich offensichtlich auch nach dem Ende der Deportationen fort, denn die Zahlen der „Freiwilligenwerbungen“ blieben bis zum Sommer 1918 überraschend hoch. Das Ende der Deportationen bedeutete aber nicht das Ende der Zwangsarbeit in Belgien, denn die Zwangsrekrutierungen für die Zivil-Arbeiter-Bataillone im Operations- und Etappengebiet wurden bis zum Kriegsende nicht ausgesetzt.

Besonders den Prozess der politischen Entscheidungsfindung zum Rückgriff auf Zwangsarbeit und dessen teilweise Revision legt Thiel differenziert und überzeugend dar. Beeindruckend ist hier die empirische Dichte der Untersuchung, so beispielsweise in den Abschnitten über die internationalen Reaktionen auf die Deportationen. Diese vorbildliche Akribie schlägt sich u. a. auch in einem 75seitigen (!) Quellen- und Literaturverzeichnis nieder. Deutlich weniger Tiefenschärfe und Plastizität entwickelt die Untersuchung allerdings, vermutlich der Quellenlage geschuldet, wenn es um die Praxis von Zwangsarbeit geht. Zwar erfährt man auch etwas über die hohen Todesraten unter den Zwangsdeportierten und in den Zivil-Arbeiterbataillonen, schlechte Zustände in den Lagern, Ernährungsschwierigkeiten oder Mängel in der medizinischen Versorgung. Insgesamt wird der Bereich der Arbeits- und Lebensbedingungen aber kaum systematisch erschlossen und bleibt eher blass. Auch den Versuch einer quantitativen Gesamteinschätzung des Phänomens Zwangsarbeit vermisst man, wie auch eine systematisierte Darstellung der Einsatzbereiche. Zu den gelungensten

Teilen der Studie gehören dagegen die Abschnitte, in denen die Auswirkungen der spezifischen Wahrnehmung der belgischen Arbeiter („Arbeitsscheue“) in verschiedenen deutschen Öffentlichkeiten auf die Ausformung der Arbeitskräftepolitik analysiert wird.

Kritisch angemerkt werden könnte noch, dass durch ein letztes, gründliches Lektorat einige, den Gesamteindruck aber kaum beeinträchtigende, sprachliche und inhaltliche Redundanzen hätten vermieden werden können. Insgesamt hat Jens Thiel aber zweifellos einen wichtigen, anregenden und gut lesbaren Beitrag zu einem Aspekt der Geschichte des Ersten Weltkrieges vorgelegt, der auch weitere Forschungen lohnen wird.

Hans-Christoph Seidel

Rosa Luxemburg aus chinesischer und vergleichender Perspektive

Narihiko Ito/Theodor Bergmann/Stefan Hochstadt/Ottokar Luban (Hg.): China entdeckt Rosa Luxemburg. Internationale Rosa-Luxemburg-Gesellschaft in Guangzhou am 21./22. November 2004, Berlin: Karl Dietz Verlag 2007, 158 S.

Die Internationale Rosa-Luxemburg-Gesellschaft, als ein Zusammenschluss von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die auf dem Gebiet der Luxemburg-Forschung arbeiten, veranstaltete seit ihrer Gründung im Jahre 1980 mehr als ein Duzend Tagungen zu verschiedenen Aspekten des Lebens und des Werks von Rosa Luxemburg. Im November 2004 fand aus Anlass des zehnjährigen Jahrestages der ersten Konferenz der Gesellschaft in China (Peking) eine zweite Rosa-Luxemburg-Tagung auf chinesischem Boden statt, diesmal in Guangzhou. Sie wurde durch das „Institut für Weltsozialismus des Büros zur Herausgabe und Übersetzung beim ZK der Kommunistischen Partei Chinas“, die Landwirtschaftliche und die Pädagogische Universität Südchinas in Guangzhou sowie die Rosa-Luxemburg-Stiftung organisiert. Dementsprechend stammen auch viele Beiträge in dem diese Konferenz dokumentierenden Sammelband von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die an verschiedenen chinesischen Hochschulen und in innerparteilichen Institutionen tätig sind.

Wie die Herausgeber des Bandes Narihiko Ito, Theodor Bergmann, Stefan Hochstadt und Ottokar Luban bemerken, ruft das Werk Rosa Luxemburgs in China bereits seit den 1980er Jahren ein verstärktes Interesse hervor. Es erschienen ausgewählte Schriften von Luxemburg in chinesischer Übersetzung, mehrere Tagungen, unter anderem mit internationalen Teilnehmern, fanden statt. Auch die Tagung in Guangzhou, die dem übergreifenden Thema „Rosa Luxemburgs Demokratievorstellungen“ gewidmet war, ist ein Zeichen für die andauernde Resonanz, auf die ihr Denken und Wirken in China stoßen.

Der Sammelband enthält sechzehn, zumeist kurze Beiträge. Nicht alle davon beschäftigen sich mit Demokratieauffassungen; einige haben eine relativ lose Beziehung zu Luxemburg. Das Interesse an der Problematik ist dabei nicht nur rein wissenschaftlich und historisch, sondern unter anderem auch politisch motiviert. Etliche Aufsätze verfolgen einen normativen Ansatz. Auch viele Fragen, die berührt werden, sind nicht neu. In mehreren Beiträgen werden etwa solche Themen wie Luxemburgs Auseinandersetzung mit Lenin und ihre Kritik am Bolschewismus oder die Tradition eines „autonomen Sozialismus“ bzw. des